

Nr. 47

Zukunft Industrie: Behaltet auch den Mittelstand im Blick

von Prof. Dr. Dr. h.c. Friederike Welter und Hans-Jürgen Wolter

Mitte März hat das Bündnis "Zukunft der Industrie", bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen von Gewerkschaften, Wirtschafts- und Arbeitsverbänden, der Deutschen Industrie- und Handelskammer und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Handlungsempfehlungen für die Zukunft des Industriestandortes erarbeitet. Einige dieser Handlungsempfehlungen wie beispielsweise die Modernisierungsagenden auf föderaler und Bundesebene sowie die Hightech-Agenda werden bereits umgesetzt, andere empfohlene Maßnahmen wie beispielsweise Bürokratierückbau sind in Teilen initiiert bzw. avisiert.

Wenngleich die mittelständischen Unternehmen im allgemeinen Teil des industriepolitischen Grundsatzpapiers explizit erwähnt werden, beschränken sich die Handlungsempfehlungen vorrangig auf Allgemeinplätze. Für die Wettbewerbsfähigkeit des (industriellen) Mittelstandes sind aus unserer Sicht – neben der stetig neu zu wertenden, kurzfristigen Herausforderungen beispielsweise durch die Schließung der Straße von Hormus – die folgenden vier Aspekte jetzt wichtig: Einbezug der Künstlichen Intelligenz in die breite berufliche und akademische Ausbildung, ein Paradigmenwechsel im Hinblick auf die bürokratischen Vorgaben, Beschleunigung und Vereinfachung von gewerblichen Baugenehmigungsverfahren und ein ganzheitlicher Ansatz bei den Klimaschutzregulierungen. Die Gründe für die zeitnahe Umsetzung gerade dieser vier Punkte zeigen wir im Folgenden auf.

Laut Zukunftspanel Mittelstand des IfM Bonn stellt das Thema "Fachkräfte/demografischer Wandel" seit vier Jahren für die Unternehmen die größte Herausforderung dar. Eine Entlastung kann der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bringen. Aktuell dient sie in den kleineren und mittleren Unternehmen vor allem dazu, den Beschäftigten zeit- und ressourcenintensiven Tätigkeiten abzunehmen. Dadurch wird zwar dem Fachkräftemangel in einzelnen Branchen

entgegengewirkt. Da die Künstliche Intelligenz (KI) jedoch zunehmend Tätigkeitsprofile komplett verändert, wird in absehbarer Zeit der Bedarf an entsprechend qualifizierten Beschäftigten steigen. Aus diesem Grund sollten in die Berufsausbildungen, Studiengänge und Weiterbildungsangebote KI-Anwendungs- und Einsatzmöglichkeiten zeitnah im verstärkten Maße aufgenommen werden. Anderenfalls drohen vor allem den kleineren mittelständischen Unternehmen Wettbewerbsnachteile aufgrund von Personalrekrutierungsproblemen – gerade auch vor dem sich vollziehenden demografischen Wandel.

Eine weitere Herausforderung für die mittelständischen Unternehmen stellen die bürokratischen Belastungen dar. Die Modernisierungsagenden auf föderaler und Bundesebene zeigen zwar, dass sich im Bereich des Bürokratierückbaus etwas tut. Realistischerweise kann man aber nicht erwarten, dass sich das, was sich über viele Jahre oder Jahrzehnte entwickelt hat, von jetzt auf gleich ändern lässt. Schließlich stellen der Abbau bürokratischer Belastung und eine bessere Rechtsetzung zweifellos hochkomplexe, ganzheitliche Aufgaben dar, bei denen eine Vielzahl von Staats- und Verwaltungsebenen, Institutionen und Akteuren unter der Nebenbedingung eines raschen Wandels der Umweltfaktoren zusammenarbeiten müssen. Gleichwohl wäre es hilfreich, wenn Gesetze grundsätzlich aus der Perspektive von KMU – die schließlich die überwiegende Mehrheit der Unternehmen darstellt – verfasst würden. Anschließend könnten Spezialregelungen für Großunternehmen zusätzlich hinzugefügt werden, statt wie bisher zunächst Regulierungen aus Sicht der Großunternehmen zu formulieren und ggf. Ausnahmen für KMU zu formulieren. Zugleich sollten aber auch nicht-staatliche Institutionen wie Kammern und Berufsgenossenschaften sowie die Unternehmen prüfen, welche von ihnen selbst initiierten Richtlinien zur Entlastung der Unternehmen zügig rückgebaut werden könnten.

Um gewerbliche Investitionsvorhaben hierzulande gerade für kleinere mittelständische Unternehmen wieder attraktiver zu machen und zugleich den Standort Deutschland zu stärken, ist des Weiteren eine kontinuierliche Revision der baurechtlichen Vorschriften sinnvoll. Dabei sollten nicht zwingend notwendige Vorgaben und Standards reduziert bzw. abgeschafft werden. Aktuell dauern gewerbliche Baugenehmigungsverfahren mitunter sehr lange. Die Gesamtkosten und die Zeitplanung werden dadurch schwer kalkulierbar. Eine erste Beschleunigung ergibt sich bereits durch die digitale Bauakte. Je schneller im Zuge der Verwaltungsdigitalisierung die Software hierfür generell vereinheitlicht wird, desto mehr wird die Antragsstellung der Unternehmen vereinfacht. Positiv wirkt

es sich zudem aus, wenn nun endlich im Zuge der Modernisierungsagenden in den kommunalen Behörden eine "Ermöglichungskultur" etabliert wird, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einer verfahrensbeschleunigenden Ermessensausübung ermutigt. Nach Untersuchungen des IfM Bonn zahlt sich schon heute ein solches service-orientiertes Vorgehen für die Kommunen aus, da hierdurch beispielsweise die Gewerbesteuererinnahmen steigen. Schließlich sind sich Unternehmen, die regelmäßig Bauanträge stellen, durchaus der Unterschiede bewusst, die zwischen den Kommunen bestehen – und berücksichtigen bei geplanten Investitionen diesen Faktor im Hinblick auf ihre Standortentscheidung.

Eine Revision der in der Vergangenheit erlassenen Regulierungen ist aber nicht nur im Hinblick auf das Baurecht, sondern auch im Hinblick auf die ökologische Gesetzgebung der vergangenen Jahre geboten. Aktuell gibt es ein Sammelsurium an unterschiedlichen und nicht aufeinander abgestimmten Maßnahmen: Neben umweltökonomischen Elementen wie dem CO₂-Zertifikatehandel gibt es eine Vielzahl an ordnungsrechtlichen Vorgaben, Berichtspflichten und Förderungen. Dies führt zu enormen bürokratischen Belastungen für die mittelständischen Unternehmen, was wiederum Beschäftigte und finanzielle Ressourcen bindet und sich somit auf die Investitionsbereitschaft auswirkt. Gerade in der aktuellen Situation, die von vielen geopolitischen Unsicherheiten geprägt ist, brauchen die mittelständischen Unternehmen jedoch Planungssicherheit, um sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und wieder (weltweit) wettbewerbsfähiger aufstellen zu können.

Erschienen am 27.04.2026 auf Markt und Mittelstand online
(<https://www.marktundmittelstand.de/politik/ifm-zukunft-industrie>).